

Stettiner Zeitung.

Nr. 91.

Morgenblatt. Sonnabend, den 23. Februar.

1867.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Die rüchhaltlosen Zugeständnisse der demokratischen und liberalen Blätter, daß die Oppositionspartei in Preußen bei den Wahlen eine entschiedene Niederlage erlitten habe, mehrten sich von Tag zu Tag; je sorgfältiger das Wahlresultat nach allen Seiten geprüft wird, desto unabwischbarer drängt sich denen, welche das Gegenteil wünschten und erwarteten, die Überzeugung auf, der unleugbaren Thatache gegenüber zu stehen, daß das Land der Regierung ein Vertrauensvotum gegeben habe, daß das Volk die Realisierung der Bundesverfassung auf dem Boden der vollzogenen Thatachen und der gegebenen Grundlagen zu befürdern entschlossen sei. Die Kölnische, die Weser, die Magdeburger, die Schlesische, die Bresl., die beiden liberalen Stettiner, die Posener Ztg., mit einem Wort fast alle liberalen Blätter stimmen darin überein, unter mehr oder minder entschiedener Anerkennung der hohen Bedeutung dieses Votums bei dem stattgehabten Wahlmodus. Nur die "National-Ztg." welcher man sonst einen klareren Blick für die Thatachen, und mehr Bereitwilligkeit mit ihnen zu rechnen, hätte zutrauen können, sträubt sich gegen ein offenes Bekenntnis, indem sie sich hinter sehr sophistischen Argumenten, z. B. Unkenntnis der Wähler über den Verfassungs-Entwurf, versteckt. Schon die Isolierung, in die sie sich von dieser Auffassung gebracht hat, macht den Gegenbeweis entbehrlich. Dass gerade die Masse der Wähler, welche dieses Mal den Ausschlag gegeben hat, bei ihrer Entscheidung für oder gegen die Regierung sich nimmermehr von dem Resultate einer minutösen staatsrechtlichen Untersuchung der Verfassungsparagraphen, sondern nur von allgemeinen verständlichen Gründen und mächtigen Einflüssen der politischen Ereignissen leiten lässt, wird kein Unbefangener leugnen. — Das Unwohlsein des Grafen Bismarck ist wohl die Folge der Überhäufung mit Arbeiten und hat die Aerzte natürlich veranlaßt, auf größere Schonung zu dringen, namentlich die in solcher Stellung sehr in Anspruch nehmende Erfüllung der gesellschaftlichen Rücksichten zu beschränken, damit die Zeit für die wichtigsten Arbeiten frei bleibt; zu ernstlicheren Besorgnissen soll das Unwohlsein keinen Anlaß geben, noch weniger ist die Andeutung eines bissigen Blattes natürlich begründet, die bei jedem Unwohlsein des Grafen Bismarck regelmäßig aufgetaucht, daß andere Verhältnisse, mit denen Herr von Manteuffel wieder einmal in Verbindung gebracht wird, die amtliche Wirksamkeit des Grafen Bismarck stören. Die Winkel-Presse läßt sich nun einmal nicht gerne eine Gelegenheit entgehen, ihren Lesern solche interessante, wenn auch erlogene Neuigkeiten anzutragen. Das ist man ja schon gewöhnt. Dass die Bundesregierungen die Resultate der Konferenzen schon ausgewechselt haben, dürfte sich wohl bestätigen.

Berlin, 22. Februar. Se. Majestät der König empfingen heute die Vorträge der Staatsminister von Mühlau und Graf Ippenitz, des Geheimen Kabinettsräths von Mühlau und des Unterstaatssekretärs von Thile und ertheilten besondere Audienzen an den Grafen Althan, Mitglied des Herrenhauses, und den Grafen Hardenberg auf Neu-Hardenberg. — Dienstlich hier anwesende Mannschaften des 60. Regiments hatten die Ehre, im Beisein des Chefs, Prinzen Albrecht Königliche Hoheit, und des Kommandeurs, Oberst von Hartmann, von Sr. Majestät dem Könige im Palais empfangen zu werden.

Der "Staatsanzeiger" enthält folgende Verordnung vom 8. Februar 1867, betreffend die Anstellung von Justizbeamten in den neu erworbenen Landesheilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen für das Gebiet der neu erworbenen Landesheile, was folgt: §. 1. Wer in den älteren Provinzen der preußischen Monarchie die dritte juristische Prüfung bestanden hat, ist befähigt, auch in den neu erworbenen Landesheilen das Amt eines Richters, Advokaten, Anwalts, Notars oder Beamten der Staatsbehörde zu bekleiden. Ingleichen können Justizbeamte, welche in einem der neuen Landesheile die Befähigung zum Richteramt erlangt haben, in jedem anderen derselben als Richter, Advokaten, Anwalts, Notare oder Beamte der Staatsbehörde angestellt werden. Für die Ernennung zum etatmäßigen Mitgliede eines Obergerichts, Appellationsgerichts oder Ober-Appellationsgerichts ist jedoch außerdem erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahre als etatmäßiger Richter oder als Beamter der Staatsanwaltschaft in den älteren Provinzen oder in einem der neuen Landesheile definitiv angestellt gewesen ist. §. 2. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer preußischen Universität bekleidet hat, kann zum etatmäßigen Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richter vorgeschriebenen Prüfung oder der Nachweis einer praktischen Beschäftigung als solcher während eines bestimmten Zeitraums erforderlich ist. §. 3. Das Recht der Provinzial-Landschaften im ehemaligen Königreich Hannover, Räthe des Ober-Appellationsgerichts in Celle zu präsentieren, wird aufgehoben. Bei Ernennung der Räthe dieses Gerichtshofes findet eine Mitwirkung desselben, insbesondere durch Anstellung eines sogenannten Skriveniums und durch Prüfung vor einer Kommission des Kollegiums, nicht ferner Statt. Alle diesen Anordnungen entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Siegel.

Gegeben Berlin, den 8. Februar 1867.

(L. S.) Wilhelm.

Graf von Bismarck-Schönhausen. Freiherr v. d. Heydt.
v. Moon. Graf v. Ippenitz. v. Mühlau.

Graf zur Lippe. v. Selckow. Graf zu Eulenburg.

Berlin, 22. Februar. Nach der diesjährigen Revision der preußischen Infanterie-Schiffswaffen durch die dazu bestimmten Sachverständigen werden die gleichartigen Waffen der norddeutschen

Bundes-Kontingente, auf den Wunsch der Kontingentsherren, gleichfalls von den preußischen Kommissaren revidirt werden. In Preußen besorgen dieses Geschäft die Direktoren der Gewehr-Fabriken und die dazugezogenen Büchsenmacher.

— In nächster Zeit werden, wie man hört, verschiedene Truppen-Diloktrungen stattfinden. Bei diesem Anlaß dürfte auch die Besatzung der Stadt Frankfurt a. d. O., innerhalb des Bereiches des dritten, brandenburgischen, Armee-Korps ansehnlich vermehrt werden. In dem Bezirke des zweiten, pommersch-westpreußischen, Armee-Korps finden demnächst Truppenbesichtigungen durch den kommandirenden General, Sc. Königliche Hoheit den Kronprinzen, statt.

— Angesichts der neuen französischen Armee-Reorganisation dürfte die Thatache von Interesse sein, daß in dem vorjährigen Kriege Preußens Streitkräfte gar noch nicht einmal erschöpft waren. So waren nur bei 48 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone gebildet worden, konnten also noch bei 33 anderen gebildet werden; gleichzeitig wurden, trotz Einstellung der vierten Bataillone, noch vier Jahrgänge Landwehr nicht eingezogen. Von der Landwehr-Kavallerie wurden nur 48 Schwadronen und die Besatzungs-Schwadronen aufgestellt; 80 Schwadronen und fast das gesamme zweite Aufgebot dieser Waffe blieben verschont. Nichts desto weniger zählte die mobile Armee an Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Pionieren, höheren Kommandostäben, Trains, ohne Beamte, überhaupt 442,466 Mann, ohne die Erfastruppen, welche sich auf 129,025 Mann, und die Besatzungsgruppen, welche sich auf 97,588 Mann beliefen. Die Gesamtsumme des Heeres steigt demnach auf 669,079 Mann. Nach einer ferneren authentischen Zusammenstellung zählte speziell die Main-Armee zusammen 53 Bataillone, 29 Schwadronen, 116 Geschüze, 4 Pionier-Kompanien, und zwar die Division Goeben 23 Bataillone, 14 Schwadronen, 40 Geschüze, 1 Pionier-Kompanie; die Division Elies 15 Bataillone, 8 Schwadronen, 34 Geschüze, 3 Pionier-Kompanien; die Division Beyer 15 Bataillone, 7 Schwadronen, 42 Geschüze.

— Die Einnahme an Ein- und Ausgangsabgaben des Zollvereins betrug nach dem preußischen Handelsarchiv im ersten bis dritten Quartal 1866: 14,513,625 Thlr. In demselben Zeitabschnitt des Vorjahrs betrug dieselbe 17,240,664 Thlr., wonach sich für 1866 eine Mindererstattung von 2,727,039 Thlr., oder von nahezu 16 Prozent ergiebt. — Die Ursachen dieses Einnahmeresultats sind bekannt. Die Mindererstattungen sind bei dem größten Theile der wichtigeren Artikel, am bedeutendsten aber bei Rohzucker für insländische Siedereien hervorgetreten, indem von demselben bei Weitem nicht die Hälfte der im Vorjahr zur Eingangs-Verzollung gelangten Menge eingeführt worden ist. Außerdem sind die Mindererstattungen bei seldenen und halbseldenen Waaren, rohem Kaffee, Eisenwaaren, Gewürzen, Süßfrüchten von Erheblichkeit; minder bedeutend sind dieselben bei Fleisch, Branntwein, Syrup und mehreren anderen Artikeln. Bei Wein und Leinengarnen haben Mehr-Verzollungen stattgefunden, bei ersterem jedoch nur im ersten Semester 1866.

— Der Handelsminister hat bekanntlich vor Kurzem den Directionen der preußischen Staatsbahnen die Ermächtigung erteilt, während der Dauer der Pariser Ausstellung direkte Fahrkarten nach Paris für Hin- und Rückfahrt zum halben Preis mit einer Gültigkeitsdauer von 4 Wochen auszugeben, falls die anschließenden Bahnen sich zu einer gleichen Ermächtigung verstehten. Durch Hinzufügung der letzteren Bedingung ist die Einführung der in Neden stehenden Ermächtigung für Preußen lediglich in die Hände unserer und der französischen Privatbahnen gelegt. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß ihre Directionen die schon für den Transport der Ausstellungs-Objekte ermächtigte Preise zugestanden haben, auch auf die Anregung des Handelsministers eingehen werden; nur möchten wir darauf aufmerksam machen, daß allseitig im Publikum eine rasche Verständigung und Publikation derselben erwartet wird. Wer eine Reise zur Ausstellung von möglichst billigen Fahrpreisen abhängig macht, ist, ehe dieselben zugestanden sind, nicht in der Lage, dessen Vorbereitungen zu treffen und namentlich außer Stande, für ein Unterkommen in Paris Sorge zu tragen, von dessen zeitiger Beschaffung die Höhe der Reisekosten ebenfalls wesentlich abhängt. Es liegt entschieden im Interesse der Bahnen, den Reisefreudigen möglichst frühzeitig über Höhe der Fahrpreise zu informieren, und wir erwarten deshalb, daß man in dieser Richtung ungeläufig vorgehen werde.

Aus Schleswig-Holstein, 20. Februar. Das heutige "Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein" enthält eine Bekanntmachung, betreffend die Aushebung von Flotten-Mannschaften aus den dienstpflichtigen nord-schleswigschen Jahrgängen 1842 bis 1845. Die desfallsige Rekrutierung wird bereits in den letzten Tagen dieses Monats ihren Anfang nehmen und zwar in dem zum Landwehr-Bataillons-Bezirk Appenrade gehörigen Amte Tondern.

Aus Süddutschland, 17. Februar. Nicht nur die Regierungen, sondern auch die Bevölkerung in den süddeutschen Staaten steht mit jedem Tage mehr ein, daß nirgends Heil ist, als in einem gemeinschaftlichen Abschluß an Preußen und den norddeutschen Bund, und daß namentlich darin auch das einzige Mittel zu finden ist, wieder einen Einfluß in Betreff der handels-politischen und sonstigen volkswirtschaftlichen Angelegenheiten zu gewinnen. Denn gegenwärtig hat der Süden in Zollvereins-Angelegenheiten nur die Wahl, entweder die Beschlüsse des Nordens einfach zu registrieren und zu folgen, oder zu riskiren, daß er jeden Tag eine Aufsäufung erhält und sechs Monate später den Abschied. In der That eine höchst unangenehme Situation. In Stuttgart hat es sich bei einer vor acht Wochen vorgenommenen Wahl bereits gezeigt, daß die unitarische "deutsche Partei" auch numerisch weit stärker ist als die separatistische "Volkspartei". Wer

daran noch zweifeln sollte, der muß den "Beobachter", das Organ der Volkspartei, lesen, dessen Deklamationen gegen die "Knechtsseelen des Korporatismus" täglich nach demselben Verhältnisse, wie die Schwäche der Sache wächst, an Kraft der Sprache zunehmen. Die "Volkspartei" ist zwar immer noch sehr rübrig. Sie hält häufig auf dem Lande Versammlungen "schlächter Männer" und läßt auch Adressen circuliren, sie findet sogar bei den Bauern zahlreiche Unterschriften dafür, namentlich dann, wenn der Polizeibeamte des Dorfes dazu auffordert mit den Worten: "Alle, die nicht preußisch werden wollen, sollen unterschreiben." Auch die Verkündigung des großen Prinzips, "daß die Präsenzzeit der Soldaten auf drei Monate herabgesetzt werden müsse", klingt angenehm für manches Ohr. Allein die Zahl der Gläubigen nimmt ab.

München, 18. Februar. Es fehlt nicht an Anzeichen, die zu der Vermuthung auffordern, man sei über die paar Schritte vorwärts, die von dem neuen Minister gemacht worden sind, höchsten Orts schon wieder erschrocken und man gediene die Verwegheit, mit welcher Bayern vor einigen Wochen alle Welt überraschte, in einer Weise wieder gut zu machen, die mehr im Einklang mit dem Herkömmlichen und Gewohnten ist, als die Art des Fürsten Hohenlohe, "mit gegebenen Thatachen zu rechnen". Herr v. d. Pförtner hat uns so sehr an ausgetretene Wege gewöhnt, daß wir nur mit Widerstreben neue Bahnen einzuschlagen vermögen. Und zudem — führt denn die neue Bahn gewiß zum Ziele und wenn — ist dieses Ziel in der That wünschenswerth und opportun? Solche Fragen mag man wohl vorgelegt und — entsprechend beantwortet haben, in dem Sinne nämlich, daß eine Schädigung der urbaterischen "Stammes-Eigenthümlichkeiten" bei der Beantwortung förläufig ausgeschlossen war. Etwas muß im Werke sein, und wäre nicht eben der Landtag versammelt, von dem man böse Reden fürchten müßte, so wäre das, was vorbereitet wird, vielleicht schon geschehen. Inzwischen wird eifrig gearbeitet, dem Fürsten Hohenlohe das Leben sauer zu machen. Eine vor Kurzem herausgegebene Broschüre, berechnet auf das Philisterthum oben und unten, die man selbst dem Könige als ein kleines politisches "Meisterwerk" in die Hände spielt, läßt kein gutes Haar an dem Fürsten, und da der Skandal aller Orten ein dankbares Publikum findet, so könnte bereits die zweite Auflage erscheinen.

— Vor Kurzem hat sich hier ein "süddeutsches Correspondenz-Bureau" aufgethan, das schon manches Blatt mit läppischen Nachrichten in Verlegenheit gebracht hat. Zur Charakterisirung dieses Institutes diene, daß der Chef desselben ein Herr Haas ist, bayerischen Blättern seit ein paar Jahren als "Osterhaas" bekannt, ein offenkundiger österreichischer, von der Wiener Regierung bezahlter Pressegent.

Ausland.

Pesth, 18. Februar. In der Magnatentafel wurde das Nestript um 1 Uhr verlesen, vom Hause stehend angehört und an mehreren Stellen, wie zum Schlusse, mit enthusiastischen Eisens aufgenommen. Der Präsident, Baron Sennhey, hielt hierauf eine kurze Ansprache, in welcher er auf die inaugurierte neue Ära hinwies und die er mit den Worten schloß: "Gott segne den König, Gott segne das Vaterland!" Auf Baron Bay's Antrag und auf den Wunsch des Hauses wählt der Präsident die an Se. Majestät zu sendende Deputation, deren Sprecher Erzbischof Bartalowies ist. Nach Schluss der Deputirten-Sitzung verfügte sich die Deal-Partei in ihrem Club und beglückwünschte Deal; hierauf zum Grafen Andrassy, um auch diesen zu beglückwünschen. Der Pesther Magistrat hält heute Nachmittag eine außerordentliche Plenarsitzung, um eine Dank-Adresse an Se. Maj. den Kaiser und eine Beglückwunsungs-Adresse an das ungarische Ministerium zu beschließen. Der Bürger-Ausschuss beschloß heute Nachmittag die Absendung von Adressen an Se. Maj. den Kaiser, an den Grafen Andrassy und an Deal. Desgleichen beschloß der Bürger-Ausschuss, die Stadt heute festlich zu beleuchten. Graf Andrassy geht heute Abend nach Wien, um Sr. Maj. dem Kaiser über die glänzende Aufnahme des Nestripts Bericht zu erstatten. Morgen verfügt sich eine Dank-Deputation des Bürger-Ausschusses und Magistrats zu Deal. Abends war die Stadt erleuchtet. Tausende durchziehen die Stadt mit Eisenträufen auf Deal und Andrassy. Ein glänzender Fackelzug wird Velden veranstaltet. Keinerlei Ruhestörungen fanden statt.

Paris, 20. Februar. (R. B.) Schon vor längerer Zeit schrieb ich Ihnen, daß Ende Januar oder Anfang Februar die Fenier einen Aufstand in Irland vorbereiten würden. Derselbe ist nun, wenn auch einige Tage später, ausgebrochen. Über die Bedeutung, welche die Bewegung hat, weiß man im Grunde genommen noch nichts. Die englischen Blätter stellen dieselbe als unbedeutend dar, während nach anderen Berichten die Vorbereitung, welche getroffen, darauf schließen lassen, daß die Sache ernst ist. Uebrigens sind die Chefs der Fenier, deren Namen ich nicht zu nennen wage, alle aus Paris verschwunden und befinden sich im Augenblick in Irland oder England. Unter denselben befindet sich ein amerikanischer General (von Geburt ein Franzose), der sich in dem amerikanischen Bürgerkrieg durch seine Kapazitäten auszeichnete. Außerdem rechnen die Fenier, welche reichlich mit Waffen versehen sind, auf den Übergang eines Theiles der englischen Truppen, unter denen sich bekanntlich viele Irlander befinden. Der Civil-Chef der Fenier, der vor ungefähr acht Tagen aus Newyork in Frankreich eintraf, ist jetzt auch jenseits des Kanals. Seine Ankunft folgte alßald die Schilderhebung. Mehrere amerikanische Schiffe hatten zu gleicher Zeit eine Anzahl unternehmender Leute nebst Waffen und Munition in Irland gelandet. Ungeachtet dessen darf man doch nicht glauben, daß der Aufstand gelingen wird. Die Iränder sind ein zu herabgesunkenes Volk.

— An Arbeit wird es dem Corps legislatif nicht fehlen.

